

Entwicklungshilfe in der Kritik

Die Entwicklungshilfe ist in letzter Zeit ins Kreuzfeuer vielfältiger Kritik geraten. Dabei fällt es oft schwer, unqualifizierte Polemik, politische Interessen und berechtigte Sachkritik zu unterscheiden. Dies gilt besonders für die gegenwärtige Fundamentalkritik namhafter Experten, die der Entwicklungshilfe jeden Nutzen absprechen. Stellvertretend sei Brigitte Erler genannt, jahrelang in führender Stellung in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit, die mit ihrem Buch „Tödliche Hilfe“ Schlagzeilen gemacht hat. Sie kommt dort zu der vernichtenden Schlußfolgerung: „Entwicklungshilfe schadet allen, denen sie angeblich nützen soll, ganzen Ländern wie einzelnen Betroffenen. Sie muß deshalb sofort beendet werden. Ohne Entwicklungshilfe ginge es den Menschen in den Ländern der Dritten Welt besser.“ Kein Wunder, daß dieses harte Urteil, hinter dem Engagement und Betroffenheit stehen, Wasser auf die Mühlen derer ist, die „es immer schon gewußt haben“, und selbst bei wohlmeinenden Leuten Ratlosigkeit und Resignation auslöst. Nicht ohne Grund geht im Moment das Schlagwort vom „Entwicklungshilfe-Pessimismus“ um.

Sicher ist dies ein sehr einseitiges und pauschales Urteil, gegen das sich gute Argumente ins Feld führen lassen. Ebenso wenig läßt sich aber bestreiten, daß das Ergebnis von drei Jahrzehnten Entwicklungshilfe sehr ernüchternd wirkt. Gegenwärtig können etwa eine Milliarde Menschen nicht einmal ihre physischen Grundbedürfnisse (Nahrung, Wohnung) befriedigen, ganz zu schweigen von den nichtmateriellen menschlichen Bedürfnissen (Arbeit, Bildung, Partizipation, kulturelle Identität). Dagegen läßt sich einwenden, daß die Bevölkerung der Dritten Welt seit dem Krieg um zwei Milliarden Menschen gewachsen ist und ihre Lage ohne Entwicklungshilfe wohl noch trostloser wäre. Insofern ist sicher Winfried Böll zuzustimmen, wenn er feststellt: „Die Krise der Entwicklungshilfe ist die Krise unserer falschen Vorstellungen.“

Diese und ähnliche Tatsachen bieten freilich nur ein unvollständiges Bild, wenn man sie nicht im Zusammenhang mit dem wachsenden weltweiten Gefälle zwischen Reich und Arm sieht. Die ärmsten Entwicklungsländer mit 50 Prozent der Weltbevölkerung verfügen gegenwärtig über nur 5 Prozent des Welt-Bruttosozialprodukts, während der Anteil der westlichen Industrieländer mit 15 Prozent der Weltbevölkerung bei 65 Prozent liegt. Das Ausmaß dieses Gefälles übertrifft deutlich die Einkommensungleichheiten in den Entwicklungsländern selbst, die zu Recht als skandalös gelten und nicht selten als Vorwand gegen die Entwicklungshilfe dienen. Dieser beschämende Sachverhalt weist darauf hin, daß die Diskussion zu kurz greift, wenn sie derartige globale Zusammenhänge außer acht läßt.

Entwicklungshilfe kann nie ein Ersatz für die viel umfassendere Aufgabe der Entwicklungspolitik sein. Die Hauptverantwortung dafür tragen zweifellos die Entwicklungsländer selbst. Die vielfältige und weithin nachteilige Abhängigkeit der Dritten Welt von weltpolitischen und vor allem -wirtschaftlichen Faktoren (Rohstoffpreise, Protektionismus, Zinshöhe) hat freilich die „Unterentwicklung“ zur weltweiten „sozialen Frage“ gemacht und verlangt daher auch eine internationale Entwicklungspolitik. Ihr Erfolg hängt vor allem von der Bereitschaft der Industrieländer ab, den Interessen der „armen Welt“ erheblich mehr Gewicht einzuräumen. Eine solche Politik stößt aber auf große Hindernisse, da sie schwierige interne Strukturreformen notwendig macht, wenn sie nicht zu einer Verschärfung der eigenen Probleme führen soll (Arbeitslosigkeit, EG-Agrarmarkt). Die bisherige politische Praxis der Industrieländer ist leider wenig glaubwürdig, da sie nicht nur die eigenen Prinzipien (freier Welthandel) mißachtet und echte Reformen blockiert, sondern nicht selten sogar jene Probleme mitverursacht, zu deren Lösung sie andererseits durch ihre Entwicklungshilfe beitragen will.

Diese Kritik sollte allerdings nicht dazu führen, nun auch noch die Entwicklungshilfe zu kürzen oder gar in Frage zu stellen. Sicher ist es notwendig, Defizite sachlich zu kritisieren und aus Erfolgen wie Fehlern zu lernen. So gefährdet etwa die zunehmende Vermischung humanitärer Ziele mit politischen und ökonomischen Eigeninteressen die Wirksamkeit der Hilfe. Umgekehrt muß man sich aber auch vor unrealistischen Erwartungen und überstrengen Maßstäben hüten. Sinnvoll ist dagegen auf jeden Fall die großzügige und langfristige „Hilfe zur Selbsthilfe“, welche die Eigenanstrengungen der Dritten Welt und ihrer Menschen subsidiär unterstützt und eine armutsorientierte „Entwicklung von unten“ fördert. Dies erfordert nicht nur einen „Politikdialog“, sondern mehr noch einen interkulturellen Austausch zwischen den Partnern. Fehlendes Verständnis für die Kulturen der Dritten Welt und Unkenntnis der Lebensbedingungen ihrer Menschen sind nämlich die Hauptursache des Scheiterns vieler Projekte. Hier liegt die besondere Aufgabe und Chance der privaten Hilfe, etwa der kirchlichen Entwicklungsdienste, welche die öffentliche Hilfe zwar nicht ersetzen, wohl aber wertvolle Anstöße geben kann. Sie erfreut sich daher wachsender Wertschätzung.

Letztlich geht es in den Nord-Süd-Beziehungen um ein ethisch-moralisches Problem. Dem notwendigen Wandel stehen weniger politische und ökonomische Sachzwänge im Weg als vielmehr ungerechte Strukturen und Institutionen, die in persönlichem und nationalem Egoismus wurzeln. Die verzweifelte Situation von Millionen von Menschen sollte freilich Motiv genug sein, sich für mehr internationale Gerechtigkeit und Solidarität einzusetzen. Die christlichen Kirchen als „transnationale Basisorganisationen“ erscheinen besonders berufen und befähigt, dabei mit gutem Beispiel voranzugehen und die Rolle von Anwälten der Armen wahrzunehmen.

Johannes Müller SJ